Vertragsentwurf

Gesellschaftsvertrag

Freibad Kiebitzberge GmbH

vorgelegt von

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht Janko Geßner

Rechtsanwalt Dr. Martin Jansen

A. Zweck des Vertragsentwurfes

Der vorliegende Entwurf eines Gesellschaftsvertrages regelt die interne Struktur der Freibad GmbH sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Gemeinden innerhalb der Gesellschaft.

B. Vertragsentwurf (Lesefassung)

Gesellschaftsvertrag	Anmerkungen
§ 1 Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft	
(1) Die Gesellschaft führt den Namen “Freibad Kiebitzberge GmbH“ (nachfolgend „die Gesellschaft“).	<i>Rn. 1</i>
(2) Sitz der Gesellschaft ist Kleinmachnow.	<i>Rn. 2</i>
(3) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.	<i>Rn. 3</i>
(4) Die Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.	<i>Rn. 4</i>
§ 2 Öffentlicher Zweck und Gegenstand des Unternehmens	
(1) Öffentlicher Zweck und Gegenstand des Unternehmens sind Betrieb und Verwaltung des Freibades Kiebitzberge in Kleinmachnow, einschließlich sämtlicher damit zusammenhängender Anlagen, Räumlichkeiten und Einrichtungen. Die Gesellschaft wird daher als gemeinsame Besitz- und Betriebsgesellschaft gegründet. Darüber hinaus ist die Hinzunahme weiterer Geschäftsfelder aus den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport zum weiteren Ausbau der interkommunalen Kooperation zwischen den Gesellschaftern möglich.	<i>Rn. 5</i>
(2) Die Aufgaben des Unternehmens umfassen insbesondere die Verwaltung und den Betrieb des Freibades Kiebitzberge, d.h. insbesondere die kaufmännische und technische Betriebsführung des Freibades als öffentliche	<i>Rn. 6</i>

Einrichtung sowie die damit verbundene Grundstücksverwaltung der auf dem Freibadgelände befindlichen Immobilien (Gaststätte, Einfamilienhaus). Weiterhin übernimmt die Gesellschaft die mit der Hinzunahme weiterer Geschäftsfelder verbundenen Aufgaben.

- (3) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des Unternehmensgegenstandes unmittelbar dienen. Die Gesellschaft erbringt alle hiermit verbundenen Leistungen selbst und erhält dafür alle hieraus resultierenden Einnahmen (Eintrittsgelder, Pacht Gaststätte, Miete Einfamilienhaus, etc.). *Rn. 7*

§ 3 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. *Rn. 9*

§ 4 Stammkapital, Geschäftsanteile, Verlustausgleich, Nachschüsse

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt *Rn. 10*
1.000.000,00 €.
- (2) Es ist **voll/zur Hälfte** eingezahlt. *Rn. 11*
- (3) Gesellschafter sind die Gemeinde Kleinmachnow (im Folgenden: **Kleinmachnow**) mit einem Geschäftsanteil von nominal **498.000 € (49,8 %)**, die Stadt Teltow (im Folgenden: **Teltow**) mit einem Geschäftsanteil von nominal **302.000 € (30,2 %)** sowie die Gemeinde Stahnsdorf (im Folgenden: **Stahnsdorf**) mit einem Geschäftsanteil von nominal **200.000 € (20 %)**. *Rn. 12*

(4) Die Gesellschafter sind zu Nachschüssen bzw. Verlustausgleichen wie folgt maximal verpflichtet: *Rn. 13*

- a. Bis zum Jahr 2017: Kleinmachnow auf einen Betrag von jährlich 688,8 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013, begrenzt, Teltow auf einen Betrag von jährlich 422,8 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013, begrenzt sowie Stahnsdorf auf einen Betrag von jährlich 280 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013.
- b. Ab dem Jahr 2018 Kleinmachnow auf einen jährlichen Betrag von 196,8 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013, begrenzt, Teltow auf einen jährlichen Betrag von 120,8 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013, begrenzt sowie Stahnsdorf auf einen jährlichen Betrag von 80 TEUR mit 2%iger jährlicher Indexierung, beginnend ab 2013.

(5) Die Begründung und konkrete Ausgestaltung von Nachschussverpflichtungen nach den Maßgaben des Abs. 4 der Gesellschafter zur Förderung des Gesellschaftszwecks bedarf eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses. *Rn. 14*

§ 5 Verfügungen über Geschäftsanteile, private Beteiligung

(1) Verfügungen über Geschäftsanteile oder Teilen von solchen, insbesondere Abtretung, Verpfändung oder sonstige Belastungen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat. *Rn. 15*

- (2) Die Beteiligung Privater an der Gesellschaft ist ausgeschlossen. *Rn. 16*

§ 6 Organe

Organe der Gesellschaft sind: *Rn. 17*

- a) Geschäftsführung
- b) Aufsichtsrat
- c) Gesellschafterversammlung

§ 7 Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. *Rn. 18*
- (2) Der Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. *Rn. 19*
- (3) Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. *Rn. 20*
- (4) Der Geschäftsführer hat die Gesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen in eigener Verantwortung zu leiten. Dabei ist er an diesen Gesellschaftsvertrag, an die Beschlüsse des Aufsichtsrates und an die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sowie an die Geschäftsordnung gebunden. *Rn. 21*
- (5) Der Geschäftsführer hat auf Verlangen der Gesellschafter Informationen und Berichte zur Erstellung von Beteiligungsberichten und Gesamtabschlüssen zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen. *Rn. 22*

- (6) Der Geschäftsführer hat auf Verlangen des Aufsichtsrates *Rn. 23*
an Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen.

§ 8 Aufsichtsrat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Auf den Auf- *Rn. 24*
sichtsrat findet die Regelung des § 52 GmbHG mit den
darin genannten Vorschriften des Aktienrechts Anwen-
dung, soweit dieser Gesellschaftsvertrag keine abwei-
chende Regelung trifft.

- (2) Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt **zwölf** Mitglie- *Rn. 25*
dern, davon zehn stimmberechtigten Mitgliedern sowie
zwei weiteren Mitgliedern des Fördervereins Freibad
Kiebitzberge

e. V. in beratender Funktion ohne Stimmrechte.

Stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

- der **Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde Kleinmachnow** oder ein von diesem mit dieser Auf-
gabe betrauter Beschäftigter der Gemeinde;
- **drei** Mitglieder, die von der **Gemeindevertre-
tung Kleinmachnow** entsandt werden;
- der **Hauptverwaltungsbeamte der Stadt Teltow** oder ein von diesem mit dieser Aufgabe be-
trauter Beschäftigter der Gemeinde;
- **zwei** Mitglieder, die von der **Stadtverordneten-
versammlung Teltow** entsandt werden;
- der **Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde Stahnsdorf** oder ein von diesem mit dieser Aufgabe

betrauter Beschäftigter der Gemeinde;

- **zwei Mitglieder**, die von der **Gemeindevertretung Stahnsdorf** entsandt werden;

Beratende Mitglieder des Aufsichtsrates ohne Stimmrechte sind:

- **zwei Mitglieder des Fördervereins** Freibad Kiebitzberge e. V., die vom Vereinsvorstand entsandt werden.

Die Haftung der beratenden Mitglieder des Aufsichtsrates wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

Die Entsendeberechtigten sollen durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates über die für die Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Eignung verfügen.

- (3) Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Dauer einer Kommunalwahlperiode durch die Entsendeberechtigten in den Aufsichtsrat entsandt. Der Aufsichtsrat führt nach Ablauf der Kommunalwahlperiode seine Geschäfte weiter, bis ein neuer Aufsichtsrat gebildet ist. *Rn. 26*
- (4) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vorzeitig aus, so kann ein neues Aufsichtsratsmitglied höchstens für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds entsandt werden. *Rn. 27*
- (5) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Der Aufsichtsrat beschließt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. *Rn. 28*

- (6) Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde Kleinmachnow oder der von diesem mit der Wahrnehmung seiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat betraute Beschäftigter der Gemeinde. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Stellvertreter. Der Stellvertreter ist nach jeder Kommunalwahlperiode neu zu wählen. *Rn. 29*
- (7) Sitzungen des Aufsichtsrates finden turnusgemäß einmal im jeweiligen Quartal oder bei eilbedürftigen Angelegenheiten auf Antrag der Geschäftsführung oder des Aufsichtsratsvorsitzenden oder einem Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrates statt. *Rn. 30*
- (8) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit gefasst. Entscheidungen nach § 9 Abs. 5 lit. a), e) und f) bedürfen einer Mehrheit von sieben Stimmen. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden ausschlaggebend. Abwesende Mitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch ein anderes Aufsichtsratsmitglied überreichen lassen. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.
- (9) Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ein angemessenes Sitzungsgeld. Hierüber entscheidet die Gesellschafterversammlung nach Empfehlung des Aufsichtsrates. *Rn. 31*

- (10) Die Beteiligungsverwaltungen der Gesellschafter haben nach Maßgabe des § 97 Abs. 5 i.V.m. § 30 Abs. 3 BbgKVerf ein aktives Teilnahmerecht an den Sitzungen. Sie sind zu den Sitzungen des Aufsichtsrates einzuladen. *Rn. 32*

§ 9 Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung. *Rn. 33*
- (2) Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften der Gesellschaft einsehen und prüfen und nach Maßgabe des § 90 Absätze 3 bis 5 des AktG von der Geschäftsführung jederzeit Berichterstattung verlangen. Dieses Recht kann durch jedes Aufsichtsratsmitglied ausgeübt werden. Der Aufsichtsrat kann einzelne Mitglieder oder Sachverständige mit der Prüfung beauftragen. *Rn. 34*
- (3) Der Aufsichtsrat gibt Empfehlungen zur Einstellung, Bestellung, Abberufung, Entlassung und Entlastung des Geschäftsführers sowie zum Abschluss und Änderung ihrer Anstellungsverträge an die Gesellschafterversammlung. *Rn. 35*
- (4) Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich gegenüber der Geschäftsführung und schließt den Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer. *Rn. 36*
- (5) Der Aufsichtsrat beschließt über: *Rn. 37*
- a) die Änderung der Organisationsstruktur der Gesellschaft sowie zur wesentlichen Änderung des Personalbestandes;

- b) die Aufnahme von Darlehen außerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans bis einschließlich 50 TEUR;
 - c) die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie die Bestellung sonstiger Sicherheiten bis einschließlich 50 TEUR;
 - d) die Vergabe von Lieferungen und Leistungen außerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans ab 50 TEUR;
 - e) die Erteilung von Prokura sowie deren Widerruf;
 - f) die Übernahme von Verpflichtungen zur Altersversorgung und Änderung der Tarifzugehörigkeit;
- (6) Der Aufsichtsrat bestellt den Abschlussprüfer und erteilt *Rn. 38*
diesem den Prüfungsauftrag für den Jahresabschluss gemäß § 317 des HGB. Der Prüfungsbericht ist den Gesellschaftern unverzüglich zu übersenden. Der Aufsichtsrat berichtet den Gesellschaftern unverzüglich schriftlich über den geprüften Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses. Für den Inhalt des Berichtes gilt § 171 Abs. 2 des AktG entsprechend. Der Abschlussprüfer hat an den Verhandlungen des Aufsichtsrates oder eines Ausschusses zum Jahresabschluss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung zu berichten.
- (7) Der Aufsichtsrat kann durch einstimmigen Beschluss be- *Rn. 39*
stimmen, dass weitere Arten von Geschäften durch den Geschäftsführer nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

§ 10 Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz *Rn. 40* und diesen Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Befugnisse. Ihr obliegen insbesondere die Beschlussfassung über:
- a) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Genehmigung des Lageberichtes und die Verwendung des Ergebnisses;
 - b) die Bestellung, die Anstellung, die Abberufung, die Entlassung und die Entlastung des Geschäftsführers;
 - c) die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie die Festsetzung ihres Sitzungsentgeltes;
 - d) die Festsetzung des Wirtschaftsplanes nach Vorgaben durch die Gesellschafter;
 - e) die Festsetzung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte;
 - f) die Aufnahme von Darlehen außerhalb des beschlossenen Wirtschaftsplans ab 50 TEUR;
 - g) die Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie die Bestellung sonstiger Sicherheiten ab 50 TEUR;
 - h) die Wahl des Abschlussprüfers;
 - i) die Aufnahme neuer Geschäftszweige im Rahmen des Unternehmensgegenstandes oder zur Aufgabe von Tätigkeitsbereichen, einschließlich Gründung und Erwerb anderer Unternehmen oder Beteiligungen an solchen;

- j) Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen, insbesondere Kapitalzuführungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft zur Förderung des Gesellschaftszwecks;
- k) sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
- l) die Auflösung der Gesellschaft.

Die Gesellschafterversammlung kann ferner durch einstimmigen Beschluss bestimmen, dass weitere Arten von Geschäften durch die Geschäftsführer nur mit ihrer Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

- (2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres statt. *Rn. 41*
- (3) Die Einberufung erfolgt durch schriftliche Einladung der Gesellschafter seitens der Geschäftsführung unter Angabe von Ort und Zeit und unter Mitteilung der Tagesordnung. Die Einberufung hat mit einer Frist von vier Wochen zu erfolgen, wobei für die Fristberechnung der Tag der Absendung des Briefes und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet werden. *Rn. 42*
- (4) Darüber hinaus ist die Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn das Wohl der Gesellschaft dies erfordert oder wenn ein Gesellschafter es unter Angabe des Grundes schriftlich gegenüber der Geschäftsführung beantragt. *Rn. 43*
- (5) Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 100 % des Stammkapitals (alle Gesellschafter) ver- *Rn. 44*

treten sind. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig ist, soweit in der Einladung auf diesen Umstand hingewiesen worden ist.

- (6) Gesellschafterbeschlüsse können auch im Wege des schriftlichen Umlaufverfahrens herbeigeführt werden, sofern kein Gesellschafter diesem Verfahren im Einzelfall widerspricht. Derartige Beschlüsse sind unmittelbar im Anschluss an ihr Zustandekommen den Gesellschaftern durch die Geschäftsführung in schriftlicher Form unter Angabe der Stimmabgaben bekannt zu geben. *Rn. 45*
- (7) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Gesellschafter, der über die höchsten Stammeinlagen verfügt. *Rn. 46*
- (8) Gesellschafterbeschlüsse werden einstimmig gefasst; wird die Zustimmung auch nur eines Gesellschafters verweigert, ist der Beschluss nicht zustande gekommen. *Rn. 47*
- (9) Über die Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen. In die Niederschrift sind Ort und Zeit der Versammlung, die Namen der Versammlungsteilnehmer sowie der Wortlaut der Gesellschafterbeschlüsse aufzunehmen. Jedem Gesellschafter ist unverzüglich eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn kein Gesellschafter innerhalb von drei Wochen nach Absendung der Niederschrift widerspricht. *Rn. 48*

§ 11 Wirtschaftsplan

- (1) Der Geschäftsführer stellt jährlich einen Wirtschaftsplan *Rn. 49*
auf Grundlage der Vorgaben der Gesellschafter für das
kommende Geschäftsjahr auf und legt diesen zunächst
dem Aufsichtsrat und anschließend der Gesellschafter-
versammlung so rechtzeitig zur Beschlussfassung vor,
dass er als Anlage zum Wirtschafts- bzw. Haushaltsplan
der Gesellschafter veröffentlicht werden kann. Der Wirt-
schaftsplan einschließlich Erfolgs- und Finanzplanung ist
den Gesellschaftern zur Kenntnis zu geben.
- (2) Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Erfolgs- und *Rn. 50*
Finanzplanung zugrunde zu legen, die jährlich fortzu-
schreiben ist.
- (3) Der Wirtschaftsplan, die Erfolgs- und die Finanzplanung *Rn. 51*
ist in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe
geltenden Vorschriften aufzustellen.
- (4) Bei Abweichungen, die zu einer Veränderung des Haus- *Rn. 52*
halts- oder Wirtschaftsplanes eines Gesellschafters füh-
ren, ist ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan zu erstellen
und vom von der Gesellschafterversammlung zu be-
schließen.
- (5) Der Aufsichtsrat sowie die Gesellschafter sind über we- *Rn. 53*
sentliche Abweichungen vom Wirtschaftsplan bzw. der
Erfolgs- und Finanzplanung unverzüglich zu unterrichten.
Ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan ist von der Gesellschaf-
terversammlung zu beschließen.

§ 12 Jahresabschluss

- (1) Der Jahresabschluss ist vom Geschäftsführer in den ersten drei Monaten nach Ende des Geschäftsjahres aufzustellen und dem durch Beschluss des Aufsichtsrates bestellten und beauftragten Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Der Jahresabschluss ist grundsätzlich nach den Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen. Alternativ können Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung erfolgen. *Rn. 54*
- (2) Die Prüfung des Jahresabschlusses umfasst auch die Prüfungsgegenstände nach § 53 HGrG. *Rn. 55*
- (3) Der Prüfungsbericht ist den Gesellschaftern unverzüglich zu übersenden. Der Jahresabschluss ist anschließend zusammen mit dem Prüfungsbericht für das vorangegangene Geschäftsjahr jedem Aufsichtsratsmitglied auszuhändigen. Der Aufsichtsrat legt diese zusammen mit seinem Bericht und seinem Vorschlag zum Jahresabschluss und zur Gewinnverwendung der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vor. *Rn. 56*
- (4) Die zuständige Rechnungsprüfungsbehörde hat die Befugnisse nach § 54 HGrG. *Rn. 57*

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam sein oder werden, so wird hierdurch die Rechtswirksamkeit des Gesellschaftsvertrages im Üb- *Rn. 58*

rigen nicht berührt. Die Gesellschafter sind in diesem Fall verpflichtet, darin zusammenzuwirken, dass der mit der betreffenden Bestimmung verfolgte Zweck im Rahmen des gesetzlich Möglichen erreicht und die rechtsunwirksame Bestimmung, ggf. rückwirkend, durch eine rechtswirksame ersetzt wird.

- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Gesellschaftsvertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit zumindest der Schriftform. Auch eine Änderung dieser Schriftformklausel ist nur durch ausdrückliche schriftliche Vereinbarung möglich. *Rn. 59*
- (3) Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. *Rn. 60*
- (4) Gerichtsstand für sämtliche aus diesem Vertrag resultierenden Rechtsstreitigkeiten ist der Sitz der Gesellschaft. *Rn. 61*